

IN KÜRZE



Drahtseilakt mit Hochspannung

UTHAUSEN/MZ - Das Unternehmen „Mitnetz Strom“ investiert 5,5 Millionen Euro in die Modernisierung der Hochspannungsleitung zwischen Radis und Kemberg. Am Trassenabschnitt bei Uthausen im Landkreis Wittenberg bringen Hochspannungsmontureure nun Vogelschutzfahnen an. Dafür verwenden sie ein Seilfahrrad, mit dem sie sich auf dem etwa 350 Meter langen Seil fortbewegen können.

FOTO: JULY WAGNER

Gericht bestätigt Corona-Verbote

MAGDEBURG/DPA - Das Oberverwaltungsgericht in Magdeburg hat mehrere Maßnahmen des Teil-Lockdowns zur Eindämmung des Coronavirus als verhältnismäßig bestätigt. Das Ziel sei legitim, mit den Schließungsanordnungen den exponentiellen Anstieg des Infektionsgeschehens durch eine Kontaktreduzierung zu stoppen und eine Überforderung des Gesundheitssystems zu verhindern, wurde mitgeteilt. Konkret beschäftigten sich die Richter mit dem Verbot touristischer Beherbergungen und Veranstaltungen sowie der Schließung von Gaststätten, Sportstätten und Schwimmbädern. Sie lehnten den Antrag einer Hotelkette ab, diese Regelungen auszusetzen.

Bürgermeister vor Abwahl?

GERBSTEDT/MZ - Der Gerbstedter Stadtrat hat den Weg für

das Abwahlverfahren gegen Bürgermeister Bernd Hartwig (parteilos) frei gemacht. Mit 14 zu vier Stimmen wurde die notwendige 75-Prozent-Mehrheit erreicht. Die Bürger werden am 24. Januar entscheiden. Dabei müssen mindestens 30 Prozent aller Wahlberechtigten für die Abwahl stimmen. Hartwig ist erst seit Mitte März im Amt und wird unter anderem wegen seines Agierens im Streit um die Grundschulen kritisiert.

Luther-Straße soll bleiben

WITTENBERG/MZ - Wittenbergs Oberbürgermeister Torsten Zuehör wehrt sich in einem Brief an die Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg in Berlin gegen die Forderung einer Initiative, die die Martin-Luther-Straße in Wittenberg umbenannt wissen will. Luther, so deren Vorwurf, habe Hass gesät gegen Juden und Frauen. Das wies Zuehör zurück.

Corona-Schutzmaßnahmen in Sachsen-Anhalt

Was ist erlaubt und was nicht? (unter Beachtung der aktuellen Hygienevorschriften)

Abstandspflicht 1,50 Meter	✓
Ins Restaurant, in Kneipen und Bars gehen	✗ seit 2. Nov.
Ausflüge und Urlaube für Inlandtouristen	✗ seit 2. Nov.
Hotellübernachtungen für Inlandtouristen	✗ seit 2. Nov.
Besuche im Zoo/Botanischer Garten*	✓
Maskenpflicht beim Einkaufen/im ÖPNV	✓
Ins Theater/Kino gehen	✗ seit 2. Nov.
Museum oder Ausstellung besuchen	✗ seit 2. Nov.
Demonstrieren	✗
Regulärer Betrieb an allen Schulen	✓
Reguläre Betreuung in Kitas und Horten	✓
Präsenz- und Digitalstudium an Hochschulen	✓
Besuche im Pflegeheim*	✓
Besuche im Krankenhaus*	✓
Trainieren auf dem Sportplatz	✗ seit 2. Nov.
Sportwettkämpfe im Amateurbereich	✗ seit 2. Nov.
Ins Fitnessstudio gehen	✗ seit 2. Nov.
Ins Schwimmbad gehen	✗ seit 2. Nov.
Besuche in Kirche/Moschee/Synagoge	✓
Bibliotheken und Archive besuchen	✓
Friseur, Kosmetiker, Fußpflege besuchen	✓
Private Feiern mit mehr als zehn Personen	✗ seit 2. Nov.
Tagungen und Kongresse	✗ seit 2. Nov.
Bordelle	✗ seit 2. Nov.
Großveranstaltungen	✗ seit 2. Nov.
In Clubs und Diskotheken gehen	✗ seit 2. Nov.

* Abhängig von der Regelung in der jeweiligen Einrichtung

Corona-Fälle in Sachsen-Anhalt

Gesamtzahl der nachgewiesenen Fälle

Stand: 04.11.2020 (15.40 Uhr)
(* Differenz zum Vortag)

Bestätigte Fälle	Genesene Fälle	Todesfälle
5.912 (+314)	3.513 (+107)	88 (+2)

QUELLE: LANDESAMT FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ SACHSEN-ANHALT | GRAFIK: MZ/TB, BM, SB

„Er hat die besten Chancen“

LANDTAGSWAHL CDU-Landeschef Holger Stahlknecht erklärt, warum Reiner Haseloff der richtige Kandidat ist - und wie ein Generationswechsel dennoch gelingen soll.

MAGDEBURG/MZ - Der Parteitag zur Nominierung des CDU-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl ist vorerst zwar vertagt - dass es erneut Reiner Haseloff wird, steht aber fest. Kai Gauselmann und Hagen Eichler sprachen mit CDU-Landeschef Holger Stahlknecht über die Lage der Partei.

Herr Stahlknecht, auf einer Skala von eins („ich beiße jeden Morgen vor Wut in die Tischkante“) bis zehn („ich nehme das sportlich“): Wie gerne lassen Sie Reiner Haseloff als Spitzenkandidat den Vortritt?

Holger Stahlknecht: Ganz klar: Eine 10.

Was macht den Unterschied, weshalb sagen Sie: lieber er als ich?

Der Ministerpräsident hat insbesondere in dieser schwierigen Zeit der Corona-Krise eine sehr gute Arbeit, ein gutes Management gemacht. Er hat das Vertrauen der Bevölkerung in die Maßnahmen gestärkt. Darüber hinaus hat er in einer MDR-Umfrage im Mai ungeheuer gute Werte bekommen, weit über 70 Prozent. Deshalb ist er der geeignete Kandidat.

Sie nennen Punkte aus diesem Jahr. Wäre für Sie vorher auch eine andere Variante denkbar gewesen?

Ich habe immer gesagt: Wenn er persönlich entschieden hätte, er will nicht mehr, dann könnte ich mir das für mich vorstellen. Diese Frage ist jetzt entschieden. Wir gehen mit dem Spitzenkandidaten ins Rennen, der die besten Chancen hat.

„Ich habe nicht den Eindruck, dass ich an Rückhalt verloren habe.“

Sie galten schon seit Jahren als Haseloffs Kronprinz; haben Sie etwas dagegen, wenn das so weitergeht - oder fürchten Sie zum Prinz Charles der Landes-CDU zu werden?

(lacht) Darüber mache ich mir überhaupt keine Gedanken. Für mich ist entscheidend, dass wir als CDU geschlossen in den Wahlkampf ziehen und auch der nächste Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff heißt. Das ist wichtiger als die Frage, wer hier Prinz Charles und wer die Queen ist.



„Bin bereit, Verantwortung auch nach der Wahl zu übernehmen“: Holger Stahlknecht positioniert sich für das nächste Kabinett. FOTO: DPA

Haseloff wird am Wahltag 67 Jahre alt sein. Verspielt die CDU mit seiner Nominierung die Chance auf einen Generationswechsel?

Nein, das sehe ich nicht so. Wir haben gute Leute in unserer Partei über den Spitzenkandidaten hinaus. Die nächste Landtagsfraktion wird anders aussehen, es treten 19 neue Bewerber an, auch neun Frauen - das macht mich als Landesvorsitzenden froh. Ich wollte immer, dass wir jünger und weiblicher werden. Insofern mache ich mir um den Generationswechsel keine Sorgen. Wir hatten 2011 fünf, 2016 vier und jetzt neun Bewerberinnen.

Haben Sie die Frauen gefördert oder ist das Zufall?

Ich habe klar gemacht, dass ich es

begrüßenswert finde, wenn mehr Frauen in der CDU Verantwortung übernehmen. Ich habe aber niemals Einfluss auf Wahlen genommen.

Im September haben Sie gesagt, Sie seien auch nach der Wahl bereit, Verantwortung zu übernehmen, „egal in welcher Funktion“. Das klingt beliebig, wie haben Sie das gemeint?

Ich wollte an dem Abend noch nicht mitteilen, dass wir intern die Entscheidung über die Spitzenkandidatur bereits getroffen hatten. Es bleibt dabei, dass ich bereit bin, Verantwortung auch nach der Wahl zu übernehmen. Was das genau bedeutet, werden wir sehen.

CDU-Schatzmeister Karl Ger-

hold soll Sie in einer Mail hart kritisiert und gedrängt haben, Haseloff als Spitzenkandidat auszurufen. Ist das nur eine Einzelstimme, haben Sie noch einen breiten Rückhalt Ihrer Parteifreunde?

Ich finde es gut, wenn es untereinander eine offene Kommunikation gibt. Und ich habe nicht den Eindruck, dass ich an Rückhalt in der Partei verloren habe. Jetzt ist wichtig, dass wir geschlossen Wahlkampf machen, darauf konzentriere ich mich.

Sie sind als Innenminister mehrfach massiv unter Druck geraten, zuletzt etwa im Zusammenhang mit dem Halle-Attentat, es wurde sogar Ihr Rücktritt gefordert. Überschattet das Ihre Bilanz als Minister?

Im Untersuchungsausschuss ist dargelegt worden, dass der Polizei zum Einsatz am 9. Oktober 2019 kein Vorwurf gemacht werden kann. Gleichwohl gehört auch hier im Nachhinein dazu Lagen auszuwerten, um zukünftig noch besser zu werden. Ungeach-

„Ich spüre in mir nichts, was negativ wäre.“

tet dessen ist dieser Anschlag für mich persönlich auch eine Zäsur und wird immer Teil meiner Amtszeit sein. Ich habe mit meinen Mitarbeitern mehrfach die Helmvideos des Attentäters ansehen müssen. Glauben Sie mir bitte, zu sehen, wie vor laufender Kamera Menschen erschossen werden, das nimmt mich mit. Das wird mich unabhängig von meinem Amt sicher mein Leben lang begleiten. Dass die AfD meinen Rücktritt fordert, halte ich aus.

Sie sagen gelegentlich, Sie müssten nicht Politiker sein und könnten auch als Anwalt glücklich werden. Ist das Koketterie? Wenn nicht, wann ist konkret für Sie das Maß voll - jetzt, wo Sie nicht Ministerpräsident werden?

Die Frage, Ministerpräsident oder nicht, spielt in meiner weiteren Lebensplanung keine Rolle. Sie sehen hier heute einen sehr entspannten Holger Stahlknecht sitzen. Ich spüre in mir wirklich nichts, was in irgendeiner Art negativ wäre. Ich wünsche Herrn Dr. Haseloff alles Glück der Welt, damit er das Ziel, zum dritten Mal Ministerpräsident zu werden, erreicht. Meine Aufgabe als Parteichef ist es, dafür einen geschlossenen Wahlkampf zu organisieren und das mache ich gerne.

Spätes Aus für altes Preußen-Gesetz

LANDWIRTSCHAFT Landtag hebt Rechtstext aus dem Jahr 1887 auf.

VON HAGEN EICHLER

MAGDEBURG/MZ - Als dieses Gesetz beschlossen wurde, ratterten Pferdekutschen durch die Straßen, in Wien hielt Kaiserin Sissi Hof und das Grammophon war gerade erfunden. Jetzt kommt das uralte Paragrafenwerk offiziell in die Rumpelkammer: Der Landtag hat beschlossen, ein

preußisches Gesetz aus dem Jahr 1887 außer Kraft zu setzen.

Mit der am Dienstagabend getroffenen Entscheidung werden letzte Reste einer jahrhundertalten Form von bäuerlichem Gemeinschaftseigentum abgeschafft. Es geht um sogenannte Separationsflächen: Grundstücke, die im 19. Jahrhundert als gemeinsames Eigentum aller Hofsitze im Dorf in das Grundbuch eingetragen wurden. Oft handelt es sich um Feldwege und Gräben, aber auch um Wälder, Sandgruben und Steinbrüche.

Derzeit gibt es in Sachsen-Anhalt noch 45.000 Flurstücke mit einer Gesamtfläche von

14.500 Hektar, die sogenannten „altrechtlichen Personenzusammenschlüssen“ gehören - jedenfalls auf dem Papier. Faktisch sei es in der Regel unmöglich, die rechtmäßigen Mitglieder dieser Zusammenschlüsse zu finden, urteilt das Landwirtschaftsministe-

45.000

FAKTISCH HERRENLOSE Flurstücke werden mit der Entscheidung des Landtages enteignet und an die Gemeinde übertragen.

rin von Ressortchefin Claudia Dalbert (Grüne). Bis Ende des kommenden Jahres bekommen Interessierte noch eine letzte Chance, ihr Eigentum zu beanspruchen. Andernfalls fallen die Flächen entschädigungslos an die jeweilige Gemeinde oder Verbandsgemeinde. So beschloss es der Landtag mit den Stimmen der Regierungskoalition aus CDU, SPD und Grünen sowie der Linken.

Nachbarländer waren bei der Enteignung der Gemeinschaftsflächen ein wenig schneller: Der sächsische Landtag fasste diesen Beschluss 1948, der brandenburgische 1951.